Seehofer, Putin

ALEXEI NIKOLSKY / DPA

Sanktionen

„Das völlig falsche Signal“

Seehofers Initiative zur Russlandpolitik stößt in Brüssel auf Unverständnis.

Die Forderung von CSU-Chef Horst Seehofer, die im Zuge der Ukrainekrise gegen Russland verhängten EU-Sanktionen zu lockern, stößt in Brüssel auf Widerstand. Ein derartiges Ansinnen sei „unverantwortlich“, wenn es nicht ausdrücklich mit der Umsetzung des Minsker Abkommens verbunden werde, sagt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, Elmar Brok (CDU): „Das ist die Haltung von Bundesregierung, EU und Nato. Ich bin sicher, dass Herr Seehofer das bestätigen wird.“ Seehofer hatte in Moskau bei Russlands Präsident Wladimir Putin für eine stärkere Zusammenarbeit bei der Befriedung des Syrienkonflikts und der Bewältigung der Flüchtlingskrise geworben. Gleichzeitig sprach er sich für die Abschaffung der Sanktionen gegen Russland „in überschaubarer Zeit“ aus. Führende Europapolitiker lehnen es ab, eine Lockerung der Reise- und Handelsbeschränkungen mit russischer Kooperationsbereitschaft in anderen Bereichen zu verbinden. „Putin setzt die Bedingungen von Minsk nicht um, daher wäre die Aufhebung von Sanktionen das völlig falsche Signal“, sagt SPD-Mann Jo Leinen. Nach gegenwärtigem Stand bleiben die Maßnahmen bis mindestens Ende Juli in Kraft. „Sie sind verknüpft mit der vollen Umsetzung des Minsker Abkommens“, versichert eine EU-Sprecherin. In der Vereinbarung vom Februar 2015 hatte sich Russland unter anderem dazu verpflichtet, die Separatisten in der Ostukraine nicht weiter zu unterstützen. mp

Bundesministerien

Mehr prekäre Jobs

Die Bundesregierung stellt neue Mitarbeiter mit Vorliebe befristet ein. Von rund 13 700 Beschäftigten, die die 14 Bundesministerien und ihre nachgeordneten Behörden im vergangenen Jahr anheuerten, erhielten knapp 7000 nur einen Arbeitsvertrag auf Zeit. Zugleich wurden auch mehr Leiharbeiter eingesetzt. Ihre Zahl stieg 2015 leicht auf 493, gegenüber 471 im Jahr 2014. Die Statistik geht zurück auf die Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion. Nach deren Berechnung erfolgten fast 60 Prozent aller 2015 bestehenden Befristungen ohne Grund, es handelte sich also nicht um Krankheitsvertretungen oder besondere Engpässe. „Bundesministerien und Behörden ignorieren mit dieser Praxis ihre Vorbildfunktion“, kritisiert die Grünen-Politikerin Beate Müller-Gemmeke. „Befristungen ohne Grund führen dazu, dass die Beschäftigten permanent in Unsicherheit leben.“ Die SPD hat im Einklang mit den Gewerkschaften Befristungen und Leiharbeit regelmäßig als „prekäre Beschäftigungsformen“ kritisiert. cos

Ein Impressum mit dem Verzeichnis der Namenskürzel aller Redakteure finden Sie unter www.spiegel.de/kuerzel